

Antragsnummer: P2

Antragsteller: Bezirksvorstand

Weiterleitung an: Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskonferenz, SPD Bezirksparteitag, SPD Landesparteitag, SPD Bundesparteitag

Ausgewogene Ausführung von SPD-Mitgliederentscheiden

11 Mit dem Mitgliederentscheid zu dem Koalitionsvertrag mit der CDU /CSU hat die SPD erstmals in der Ge-
12 schichte das Votum der SPD-Basis über eine Regierungsbeteiligung eingeholt. Im Rahmen dieses Mitglie-
13 derentscheids kam es zu regen Diskussionsprozessen. Dieser Mitgliederentscheid kann somit durchaus
14 als ein Gewinn für die innerparteiliche Demokratie und für die Beteiligung der Basis gesehen werden.

15 Doch neben diesen positiven Aspekten gibt es auch einiges scharf zu kritisieren. So wurde vom SPD-Par-
16 teivorstand eine massive parteiinterne Kampagne für die Zustimmung zur Großen Koalition gefahren.
17 Eine ausgewogene Darstellung des Für und Wider war nicht im geringstem vorhanden. Tagtäglich wurde
18 vom Parteivorstand E-Mails an die Mitglieder mit den vermeintlichen Vorzügen des Koalitionsvertrages
19 gesendet. In der Vorwärts-Ausgabe mit dem Abdruck des Koalitionsvertrags fand man nur einseitige Arti-
20 kel, die für die Zustimmung zur Großen Koalition warben. Auf den Regionalkonferenzen gab es nur Rede -
21 beiträge auf dem Podium von Parteivertreter*innen, die für den Koalitionsvertrag sich aussprachen. Des
22 Weiteren wurde eine ganzseitige Anzeige des SPD-Parteivorstands in der konservativen Springer-Presse
23 geschaltet. Höhepunkt dieser Kampagne war, dass mit den Abstimmungsunterlagen nochmals ein Wer-
24 beschreiben des Parteivorstandes beigelegt wurde, dass für ein „Ja“ zum Mitgliederentscheid warb. So-
25 mit wurde mit der ganzen Wucht des Parteiapparates Stimmung für die Große Koalition gemacht. Kriti-
26 sche Stimmen konnte man auf den offiziellen Kanälen der Partei vergeblich suchen.

27 Ein Mitgliederentscheid sollte jedoch eine Möglichkeit der Willensbildung der Mitglieder an der Basis
28 sein, die jedem Mitglied ermöglicht für sich die Für und Wider einer Zustimmung oder Ablehnung abzu-
29 wägen. Dafür jedoch muss den Mitgliedern möglich sein innerhalb der Partei eine offene Diskussion zu
30 führen. Bei diesem Mitgliederentscheid war diese, wie gezeigt, aufgrund der Einseitigkeit nicht möglich
31 und es gab nur die offizielle Linie der Parteiführung. Daher bedarf es für künftige Mitgliederentscheide
32 klare Regeln, die garantieren, dass neben der Linie des Parteivorstandes auch eine alternative Meinung
33 ebenfalls in gleicher Weise ihre Inhalte den Mitgliedern zugänglich gemacht werden.

34 Daher fordern wir, dass für eine ausgewogene Durchführung und Diskussion des Mitgliederentscheides
35 folgende verbindliche Regeln zu gelten zu haben:

36 1. Die Mail- und Postverteiler der SPD müssen Befürworter*innen und Gegner*innen zu gleichen Teilen
37 offen stehen und keiner darf einen größeren Anteil an Werbung haben.

38 2. Im Vorwärts sind während eines Mitgliederentscheids gleichen Raum für Artikel der beiden Seiten ein-
39 zuräumen

40 3. Auf den Regional- und örtlichen Konferenz sollen Befürworter*innen und Gegner*innen auf dem Podi-

1 um in gleichen Teilen mit gleichen Redeanteilen vertreten sein.

2 4. Bezahlte oder gespendete Werbung, die einseitig Position zu Gunsten einer Seite bezieht, jenseits der
3 Parteimedien ist nicht zulässig.

4 5. Bei der Verschickung der Abstimmungsunterlagen darf keine Empfehlung für ein Abstimmungsverhal-
5 ten enthalten sein. Die Unterlagen und ein etwaiges Begleitschreiben müssen neutral gehalten sein.